Kassel documenta Stadt

AfD
Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 3265
Telefax 0561 787 3266
fgs@afd-fraktion-kassel.de

14. Mai 2021

Vorlage Nr. 101.19.79

Transparenter Rechtsstaat - Geheimhaltung der NSU-Akten beenden -

Antrag

- **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Gemeindevertretung von Kassel, als mit einem Tatort betroffene Stadt, schließt sich der Forderung von inzwischen über 130.000 Bürgern nach Transparenz des Rechtsstaats bezüglich der NSU-Akten an.

Die unverhältnismäßig langen Sperrfristen von 30, 50, 90 und 120 Jahren sind ein zutiefst fragwürdiges und undemokratisches Instrument, durch das eine Kontrolle der Geheimdienste in der Öffentlichkeit nahezu unmöglich gemacht wird!

Tag für Tag wird gute und wichtige Arbeit von den Polizeikräften in Kassel, Hessen und in ganz Deutschland geleistet. Das Vertrauen in diese Arbeit darf nicht in Mitleidenschaft gezogen werden.

Wir fordern den hessischen Landtag, den hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier, sowie den hessischen Innenminister Peter Beuth auf: Machen Sie die NSU-Akten unverzüglich und vollumfänglich öffentlich zugänglich! *)

Die Öffentlichkeit, wie auch die betroffenen Familien der Opfer, haben ein Recht auf Aufklärung. Trauen sie dem Land diese sicherheitspolitische Debatte zu!
[Übernahme aus dem Petitionstext der "Gruppe zur Freigabe der NSU-Akten"]

Begründung:

Am 12. Mai 2021 hat der Petitionsausschuss des Hessischen Landtages gegen das Ende der Geheimhaltung der “NSU“-Akten gestimmt. SPD, Linke und AfD haben nach taz-Informationen der Offenlegung zugestimmt, bei Enthaltung der FDP. Am 19. Mai wurde im Landtag der Dringlichkeits-Antrag der AfD-Fraktion, die Geheimhaltung der Akten zu beenden, diskutiert und abgelehnt.

*) Entsprechend den Sicherheitsvorkehrungen im Antrag der AfD-Landtagsfraktion.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Sven Dreyer

gez. Sven R. Dreyer
Fraktionsvorsitzender